

### Meinungsmacht und Meinungsmacher: wie Chinas Regierung und Bevölkerung um Einfluss in Sozialen Medien ringen

Shi-Kupfer, Kristin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Shi-Kupfer, K. (2019). Meinungsmacht und Meinungsmacher: wie Chinas Regierung und Bevölkerung um Einfluss in Sozialen Medien ringen. *Totalitarismus und Demokratie*, 16(2), 161-175. <https://doi.org/10.13109/tode.2019.16.2.161>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

---

# Meinungsmacht und Meinungsmacher – wie Chinas Regierung und Bevölkerung um Einfluss in Sozialen Medien ringen

Kristin Shi-Kupfer

---



Dr. Kristin Shi-Kupfer, geb. 1974. Leiterin des Forschungsbereichs „Politik, Gesellschaft und Medien“ am Mercator Institute for China Studies (Berlin).

Forschungsschwerpunkte u. a. zu Chinas Ideologie und Menschenrechtsfragen sowie zur Digital- und Medienpolitik.

## Abstract

Despite the growing influence of the communist leadership, Social Media in China are still competitive opinion arenas. The platforms often depict an astonishingly broad spectrum of ultra-nationalist to liberal voices, each with a critical tone towards certain government policies – as the article shows in two case studies (International Forum on the Silk Road Initiative in Beijing and Crisis over Missile Tests by North Korea, both in 2017). The censorship focuses on background information and analyses, otherwise it is difficult to define clear topics or terms – with the exception of fundamental criticism of Xi Jinping or the political system of the People’s Republic of China. The fact that Beijing continues to permit limited pluralism points to different interests within the Chinese leadership.

## Einleitung: Soziale Medien in China sind umkämpfte Meinungsarenen

Der Handelskonflikt zwischen den USA und China bringt die ganze Bandbreite der Kontrollmechanismen der chinesischen Regierung zum Ausdruck – aber auch das breite Spektrum an Meinungen unter Chinas Bloggern. Peking hatte – wie üblich – Debatten und Kommentare zunächst spezifisch zensiert – vermutlich auch, um sich ein Stimmungsbild zu verschaffen. Im Sommer 2018 haben die Behörden die Zensur dann verschärft. Mit einer Reihe von detaillierten Maßnahmen hat die Regierung Journalisten und Blogger angewiesen, u. a. keine Stimmen von US-amerikanischen Akteuren zu Wort kommen zu lassen, wenn keine Antwort aus China vorliegt. Zudem sollte von direkter Kritik an Trump abgesehen werden. Die Behörden untersagten Berichte über negative wirtschaftliche Entwicklungen wie Rückgang von Konsum, Entlassungen oder

Firmenbankrotte.<sup>1</sup> Journalisten berichteten, dass die Zahl der mündlich und schriftlich übermittelten Anweisungen der Aufsichtsbehörden, oft die lokalen Propagandaabteilungen der Kommunistischen Partei Chinas (KPC), zugenommen haben.<sup>2</sup>

Laut Fu King-wa, Medienforscher an der Chinese University of Hong Kong, gehörten Posts rund um das Thema Handelskonflikt zu den meist zensierten Inhalten auf der Plattform WeChat im gesamten Jahr 2018.<sup>3</sup> Stichproben der Autorin aus Fus Datenbanken Wechatoscope und Weiboscope zeigen, dass neben den oben genannten nicht mehr erlaubten Inhalten sowohl Posts zensiert worden sind, die sehr nationalistisch, fast schon martialisch gegenüber Washington klingen, als auch solche, welche Peking zu mehr Handeln aufrufen. Dabei fordern Autoren der zensierten Posts sowohl ein härteres Auftreten ihrer Regierung als auch sehr viel mehr Öffnung und Liberalisierung – letzteres nicht unbedingt als Kompromiss gegenüber Washington, sondern als aus ihrer Sicht notwendige Maßnahmen einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik. Dies zeigt, dass die chinesischen Behörden sowohl zu nationalistische als auch zu liberale Stimmen als gefährlich und damit zensurwürdig erachten.

Wie schwierig deshalb eine aus Sicht chinesischer Behörden aktive Nutzung Sozialer Medien zur Durchsetzung eines offiziellen Narrativs bzw. zur Mobilisierung der Bevölkerung ist, hat insbesondere das Jahr 2019 gezeigt: Nach den gescheiterten Verhandlungsrunden hat die chinesische Regierung die nationalistischeren Töne offizieller Stellungnahmen und Artikel auch über die Sozialen-Medien-Konten der parteistaatlichen Medien verbreitet. Von einem „Volkskrieg“ (Global Times) oder einem „neuen langen Marsch“ (Xi Jinping) war die Rede, auf den sich China vorbereiten müsse. Den USA warf man „nackten ökonomischen Terrorismus“ und „wirtschaftlichen Totschlag“ (Verteidigungsminister) vor. Diese neue Tonart fand unter den Netizens nicht nur Zustimmung: Als ausgerechnet der Gründer von Huawei, Ren Zhengfei, zur Mäßigung der Kriegsrhetorik und weiteren Öffnung Chinas aufrief, erhielt er großen Zuspruch – auch die „Volkszeitung“ druckte seine Rede.<sup>4</sup> Letzteres deutet zudem darauf hin,

1 Vgl. China Digital Times, One U.S.-China trade tensions (<https://chinadigitaltimes.net/2018/06/minitruer-on-u-s-china-trade-tensions>; 5.6.2019).

2 Vgl. Christian Shepherd, China censors financial blogs amid propaganda blitz (<https://www.ft.com/content/2b121804-88ec-11e9-a028-86cea8523dc2>; 8.6.2019).

3 Vgl. Nectar Gan, US-China trade war among most censored topics of 2018 on WeChat (<https://www.scmp.com/news/china/politics/article/2185885/us-china-trade-war-among-most-censored-topics-2018-wechat#7Sz88fgzEVCisZoM.99>; 9.6.2019).

4 Vgl. Lily Kuo, „We’ll fight to the end“: China’s media ramps up rhetoric in US trade war (<https://www.theguardian.com/world/2019/may/23/fight-to-end-china-media-ramps-up-rhetoric-us-trade-war>; 10.6.2019); Shen Lu, After trade talks, China press crafts a controlled nationalist narrative (<https://www.cjr.org/politics/trade-war-china-media.php>; 5.6.2019); Jiangtao Shi, China must be careful in riding a nationalist tide towards a trade deal with the US, analysts say. (<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3013292/china-must-be-careful-riding-nationalist-tide-towards-trade>; 9.6.2019); Whats on Weibo Team, Movies as China-US Trade War Intensifies (<https://www>.

dass sich auch die chinesische Führung offensichtlich nicht ganz einig ist, sodass Mediendebatten auch manchmal zu einer Arena von Auseinandersetzungen mit Elitenbeteiligung werden.

Soziale Netzwerke „anzuleiten“, um die öffentliche Meinung zu kontrollieren und zu beeinflussen, ist ein zentraler Bestandteil von Chinas Digital Governance. Als Digital Governance können „formelle und informelle Entscheidungsprozesse und Machtbeziehungen verstanden werden, welche die Machtbeziehungen im Bereich digitale Transformation bestimmen“.<sup>5</sup> Experten und Beobachter sprechen von einem neuen „Techno-Autoritarismus“ oder auch „digital totalitarian state“, der die Leistungsfähigkeit liberaler Demokratien im Sinne von effizientem, schnellen Regieren auch im Bereich öffentlicher Meinung herausfordert.<sup>6</sup>

Im Kern geht es um den Auf- und Ausbau von digitaler Herrschaftskontrolle mithilfe von auf Datensammlung und -analyse (Big Data) beruhenden Technologien wie Gesichtserkennung oder auch digitale Bezahlsysteme und Konzepte wie das Soziale Bonitätssystem. Dieses System wird vonseiten der chinesischen Regierung als eine Art Erziehungsmethode zur Einhaltung von Gesetzen für Unternehmen und Bürger dargestellt und soll bis Ende 2020 ganz China abdecken. Neben bereits existierenden, nationalen „schwarzen Listen“ für Fehlverhalten in Bezug auf Finanzen oder Verkehr beinhalten lokale Pilotprojekte einzelner Städte auch Kategorien wie Religionszugehörigkeit oder Postings in Sozialen Medien. Dabei geht es eher um politische Loyalität bzw. Gehorsam. Für alle Kategorien gilt: Nutzer haben kaum eine Möglichkeit sich gegen Bewertungen zu wehren oder sich diesen zu entziehen.<sup>7</sup> Diese Kontrolle beruht auf einer rasant vorangetriebenen Digitalisierung der Politik (Ausbau von E-Governance sowie Export von Technologien und Standards im Rahmen der „Digital Silk Road“) und der Wirtschaft („industrial upgrading“ der traditionellen produzierenden Firmen, gezielte, ambitionierte Förderung von eigenen digitalen Ökosystemen unter weitestgehendem Ausschluss ausländischer Konkurrenz).<sup>8</sup>

---

whatsonweibo.com/surprise-attack-cctv6-unexpectedly-airs-anti-american-movies-as-china-us-trade-war-intensifies; 9.6.2019).

- 5 Daniela Stockmann/Ting Luo, Workshop on Digital Governance in China. Towards a Chinese Model of Digital Governance? 27.6.2019, Berlin [Programm zur Einladung].
- 6 Vgl. Sebastian Heilmann, Facing up to China's state-led tech revolution (<https://asia.nikkei.com/Opinion/Facing-up-to-China-s-state-led-tech-revolution2>; 7.6.2019); The Economist, China invents the digital totalitarian state (<https://www.economist.com/briefing/2016/12/17/china-invents-the-digital-totalitarian-state>; 9.6.2019); Christina Larson, Who needs democracy when you have data? MIT Technological Review, August 2018 (<https://www.technologyreview.com/s/611815/who-needs-democracy-when-you-have-data/>; 9.6.2019).
- 7 Vgl. u. a. Mareike Ohlberg, Shazeda Ahmed, Bertram Lang, Central planning, local experiments. The complex implementation of China's Social Credit System ([https://www.merics.org/sites/default/files/2017-12/171212\\_China\\_Monitor\\_43\\_Social\\_Credit\\_System\\_Implementation.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2017-12/171212_China_Monitor_43_Social_Credit_System_Implementation.pdf); 6.6.2019).
- 8 Vgl. Kristin Shi-Kupfer/Mareike Ohlberg, China's digital rise. Challenges for Europe ([https://www.merics.org/sites/default/files/2019-04/MPOC\\_No.7\\_ChinasDigitalRise\\_web\\_4.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2019-04/MPOC_No.7_ChinasDigitalRise_web_4.pdf); 7.6.2019).

Im Sinne des Schwerpunkts dieses Heftes fokussiert der folgende Beitrag auf die Bedeutung von Sozialen Medien im Kontext von Digital Governance. Nachdem in der Einleitung die unterschiedlichen Dimensionen von Sozialen Netzwerken in China aufgezeigt worden sind, wird im zweiten Teil die Entwicklung von Macht- und Marktmechanismen im Bereich Soziale Medien nachgezeichnet. Im dritten Teil werden die Chancen und Grenzen von pluralistischen Online-Meinungsdebatten in Sozialen Medien anhand von zwei Fallbeispielen aus dem Jahr 2017 im Bereich Außenpolitik analysiert. Abschließend werden aktuelle Trends hinsichtlich Meinungskontrolle, Mobilisierung und internationale Einflussnahme in Bezug auf Soziale Medien diskutiert.

## Entstehung und Entwicklung von Sozialen Medien in China

### Wilde Anfänge und versuchte Kontrolle (2007–2012)

Erst mal laufen lassen und beobachten, dann regulieren – so wie die chinesische Regierung mit vielen neuen Phänomen umgeht, die sie prinzipiell als modern und ökonomisch nutzbar bzw. wachstumsfördernd einstuft,<sup>9</sup> so schenkte Peking auch den Sozialen Medien zunächst wenig Beachtung. Im Jahr 2007 nutzte nur eine kleine Gruppe von Bürgerrechtlern, Akademikern und Journalisten hauptsächlich die damals frei zugänglichen US-amerikanischen Plattformen wie Facebook und Twitter bzw. deren wesentlich kleinere chinesische Ableger.

Das änderte sich im Jahr 2009: Im Frühjahr verbreiteten Nutzer von chinesischen Mikroblogdiensten Fotos und Spottkommentare zu einem Feuer am umstrittenen, als „eiserne Hosen“ bezeichneten CCTV-Tower in Peking schnell im ganzen Land. Im Zuge von Protesten in der autonomen Region Xinjiang im Juli 2009 schickten Augenzeugen unabhängige Informationen aus der Hauptstadt Urumtschi über Twitter in die ganze Welt. Für Peking war dies ein Schock: Der Staatspartei wurde klar, dass Bürger mithilfe der Mikroblogplattformen das Informationsmonopol der KPC durchbrechen können. Im August 2009 ließ sie sämtliche chinesische Mikroblogplattformen schließen und den Zugang zu allen ausländischen Diensten wie Twitter und Facebook blockieren.

Dennoch wollte Peking die Sozialen Medien weiterwachsen lassen: Neben wirtschaftlichem Potenzial sah die chinesische Regierung in den neuen Kommunikationskanälen eine Möglichkeit, die öffentliche Meinung im Internet zu kontrollieren und zu beeinflussen. Die von der Regierung angestrebte Kooptierung und Kontrolle der Mikroblogs mithilfe von ausgewählten chinesischen Anbietern funktionierte jedoch nicht wie geplant: Eine rasant wachsende Nutzergemeinde

9 Dieser Teil basiert auf einer gekürzten und überarbeiteten Fassung von Kristin Shi-Kupper, Medienpolitik: Kontrolle Sozialer Medien. In: Sebastian Heilmann (Hg.), Das politische System der Volksrepublik China, 3. Auflage, Wiesbaden 2016, S. 323–327.

und prominente Meinungsführer mit mehreren Millionen Fans nutzten Plattformen zur Informationsverbreitung und Diskussion über Themen, die staatliche Medien nicht oder nur nach offiziellen Propagandavorschriften thematisierten. Diese „Gegenöffentlichkeit“ entlarvte offizielle Propaganda und erzwang Verhaltenskorrekturen staatlicher Autoritäten. Ein Beispiel hierfür ist das Zugangsglück in Wenzhou im Juli 2011: Nach tagelangen Versuchen von insbesondere lokalen Behörden, den Unfall und deren Ursachen zunächst zu verschleiern, ordnete die chinesische Regierung eine Untersuchungskommission an. Später entließ Peking drei hochrangige lokale Beamte. Netizens nutzten Mikroblogs auch vermehrt zur Organisation von Protestaktionen, zum Beispiel bei den Demonstrationen gegen die Chemiefabrik in Dalian im August 2011.<sup>10</sup>

Das Mobilisierungspotenzial der Mikroblogs alarmierte die chinesische Führung auf höchster Ebene: Der damalige Chef des nationalen Sicherheitsapparats Zhou Yongkang und der neu gegründete Nationale Arbeitsstab für Internet-Information drängten die IT-Unternehmen, ihre internen Kontrollmaßnahmen zu verschärfen. Einen Monat später veröffentlichte die Stadt Peking die ersten spezifischen Bestimmungen zur Regulierung von Mikroblogdiensten: Dazu zählten eine verpflichtende Klarnamenregistrierung binnen dreier Monate und eine Klassifizierung verbotener Inhalte (u. a. „Gerüchte und Informationen, welche die soziale Ordnung stören“).

Chinas Führung unterschätzte das unternehmerische Eigeninteresse der IT-Firmen: Aus Sorge, Nutzer zu verlieren, setzten die Firmen die neuen Vorschriften jedoch nur halbherzig um: Übermäßige Regulierung schränkt aus Sicht der Unternehmen professionelle und attraktive Informationsvermittlung ein und verprellt Nutzer.<sup>11</sup>

### Zunehmende Kriminalisierung und Rückzug in private Foren (2013–2017)

Aufgrund des Widerstands der Internetfirmen zielte die chinesische Führung ab 2013 auf die Kriminalisierung der Mikroblogger selbst. Unmittelbar nach Erscheinen eines ideologischen Grundsatzdokumentes zu Tabuthemen in der öffentlichen Diskussion startete der Nationale Arbeitsstab für Internet-Information im Mai 2013 eine Kampagne gegen die Verbreitung von „Gerüchten“. Dabei definierte er „Gerüchte“ bewusst nicht näher, um Blogger zur Selbstzensur anzuhalten. Behörden klassifizieren oft sensible Informationen oder politische

---

10 Vgl. Kristin Shi-Kupfer/Yi Zhu, „V-Leute“ im Rampenlicht. Chinas virtuelle Meinungsmacht und ihre Macher (<http://www.merics.org/fileadmin/templates/download/china-monitor/2013-11-18/china-monitor-v-leute.pdf>; 10.7.2015).

11 Vgl. Johan Lagerkvist, Principal-Agent Dilemma in China's Social Media Sector? The Party-State and Industry Real-Name Registration Waltz (<http://www.ui.se/eng/upl/files/80449.pdf>; 10.7.2015).

Äußerungen als „Gerüchte“. Ende August 2013 nahmen Sicherheitsbehörden mehrere Hunderte Mikroblogger wegen der „Verbreitung von Gerüchten“ fest.<sup>12</sup>

Um die für die Verhaftungen notwendigen strafrechtlichen Grundlagen zu schaffen, gaben Chinas höchste Justizbehörden, das Oberste Volksgericht und die Oberste Volksstaatsanwaltschaft, eine gemeinsame Rechtsauslegung heraus, die die Anwendbarkeit bestehender Strafen auf „Online-Gerüchte“ ausdehnt. Das neue Dokument ermöglicht es, chinesische Internetnutzer mit bis zu drei Jahre Gefängnis zu bestrafen, falls sie Informationen verbreiten, die als falsch oder diffamierend gelten, wenn die Umstände „ernst“ sind. Der Begriff „ernst“ umfasst Fälle, in denen der betreffende Beitrag mehr als 5 000 Mal angesehen oder mehr als 500 Mal geteilt wurde.

Peking erhöhte auch den Druck auf die nach wie vor nur sehr zögerlich kooperierenden Betreiber: Ende April 2015 veröffentlichte die Regierung neue Richtlinien für regelmäßige Überprüfungen der Anbieter von IT-Informationsdiensten. Für den Fall, dass IT-Dienstleister staatliche Zensurvorgaben nicht konsequent umsetzten, drohten nun Geldstrafen und Lizenzentzug.

Durch die staatlichen Restriktionen gegen Sina Weibo abgeschreckt, gingen Chinas Netizens nun dazu über, potenziell sensible Informationen in geschlossenen „Freundeskreisen“ (persönliche Kontaktgruppen von bis zu 100 Personen) zu verbreiten, die für staatliche Zensoren zunächst sehr viel schwieriger zu filtern waren. Die Nutzerzahlen der 2011 zunächst als Instant-Messaging gegründete Plattform WeChat des IT-Unternehmens Tencent haben mittlerweile Sina Weibo überholt (siehe Tabelle).

Staats- und Parteiinstitutionen banden im Laufe der 2010er-Jahre Soziale Medien zunehmend in die eigene Propaganda- und Kommunikationsarbeit ein. Neben erforderlichen Schulungen für Kader in Kooperation mit IT-Unternehmen trieb die KP-Propagandaabteilung eine Restrukturierung der Medienindustrie voran: Insbesondere staatliche Medien sollten erfolgreiche Soziale-Medien-Plattformen integrieren und zusätzlich eigene mediale Apps und Online-Formate entwickeln. Mit Cartoons und unterhaltsamen Infografiken beabsichtigte die KP-Führung, offizielle politische Positionen in kürzeren und spielerischen Formaten an jüngere Zielgruppen zu vermitteln.<sup>13</sup>

---

12 Shi-Kupfer/Zhu, „V-Leute“ im Rampenlicht.

13 Vgl. Hauke Gierow/Karsten Luc/Kristin Shi-Kupfer, Governance through information control: China's leadership struggles with credibility in social media ([https://www.merics.org/sites/default/files/2017-09/China\\_Monitor\\_26\\_Information\\_control\\_EN\\_0.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2017-09/China_Monitor_26_Information_control_EN_0.pdf); 9.6.2019).

## Durchdringung des Privaten durch die Partei (seit 2017)

Frühere Gesetze konzentrierten sich in erster Linie auf die Durchsetzung der Registrierung von Realnamen und das Verbot „illegaler Inhalte“.<sup>14</sup> Im Jahr 2017 begann die chinesische Regierung, mehr Kommunikationskanäle zu erschließen und sich mehr verborgenen Räumen für den pluralistischen Informations- und Meinungsaustausch zuzuwenden.<sup>15</sup> Im Hinblick auf öffentliche Diskussionsforen hat die Cyberspace Administration of China (CAC) im August und September Bestimmungen herausgegeben, die die Forenbetreiber verpflichten, Mechanismen zur Verknüpfung von Konten mit der richtigen Identifizierung sowie ein System zur Überprüfung aller Beiträge vor der Veröffentlichung einzurichten. Auch Chatgruppenanbieter sowie Administratoren privater Gruppen haften für den Inhalt der Diskussionen und sind verpflichtet, die Benutzerdaten sechs Monate lang zu speichern und ein Kreditbewertungssystem anzuwenden.<sup>16</sup>

Tabelle: Zunehmend globale Bedeutung: Die Dynamik sozialer Medien in China

Plattform	aktive Nutzer (basierend auf monatlich aktive Nutzer) in Mio.
Facebook	2 375
WhatsApp	1 600
WeChat/Weixin	1 112
Instagram	1 000
QQ	823
Tik Tok/Douyin	500
Sina Weibo	465
Twitter	330

Quelle: J. Clement, Global social networks ranked by number of users 2019, Statista (<https://www.statista.com/statistics/272014/global-social-networks-ranked-by-number-of-users/>; 7. 2019).

14 Nathan Vanderklippe, Unpublished Chinese censorship document reveals sweeping effort to eradicate online political content (<https://www.theglobeandmail.com/world/article-unpublished-chinese-censorship-document-reveals-sweeping-effort-to-eradicate-online-political-content/>; 30.9.2018).

15 Reuters, China tightens control of chat groups ahead of party congress (<https://www.reuters.com/article/us-china-internet/china-tightens-control-of-chat-groups-ahead-of-party-congress-idUSKCN1BI1PC>; 28.8.2018).

16 Nikhil Sonnad, In China you now have to provide your real identity if you want to comment online (<https://qz.com/1063073/in-china-you-now-have-to-provide-your-real-identity-if-you-want-to-comment-online>; 9.6.2019). Darüber hinaus enthalten die Verordnungsentwürfe des Ministeriums für öffentliche Sicherheit vom April 2018 Bestimmungen über die Bestrafung von Internetdiensteanbietern, die keine Klarnamen von registrierten Nutzern verlangen (<http://www.mps.gov.cn/n2254536/n4904355/c6090144/content.html>).

Die Messaging und Chat-Plattform QQ, 1999 von Tencent gegründet, erfreut sich bis heute unter jungen Nutzern in kleineren Städten einer anhaltenden Beliebtheit. Neben WeChat haben sich in den letzten Jahren Soziale Medienplattformen für Fotos und Videos unter jungen Netizens etabliert. Obwohl Plattformen wie Toutiao, eine durch Algorithmen personalisierte Nachrichtenplattform, oder auch die Kurzvideoplattform Tik Tok (Douyin auf Chinesisch), beide gegründet vom chinesischen Tech-Unternehmen ByteDance, eher kommerzielle Inhalte transportieren, sind auch sie seit Frühjahr 2018 verstärkt ins Visier der Behörden geraten. Die unter Xi Jinping intensivierte Reideologisierung hat nicht nur politische, sondern auch kulturelle Dimensionen: Neben auch in anderen Ländern zensierten explizit pornografischen oder gewaltverherrlichenden Inhalten sind in China „vulgäre Inhalte“ zunehmend Gegenstand der Zensur. Dazu zählen die oftmals willkürlich anmutende Länge von Röcken, Küsse, Tiefe von Ausschnitten oder Platzierung von Tattoos. Systematisch werden homosexuelle Inhalte als „vulgär“ gebrandmarkt und zensiert.<sup>17</sup>

Trotz dieser sich ausweitenden Kontrolle sind pluralistische Debatten aus Sozialen Medien nicht ganz verschwunden. Dass die chinesische Regierung diese Foren nicht vollständig schließt bzw. gleichschalten kann, deutet darauf hin, dass der totalitäre Herrschaftsanspruch in Online-Räumen an Grenzen stößt. Die folgenden zwei Fallstudien sind im Kontext von Chinas internationalen Beziehungen verortet (erstes Gipfeltreffen der „Seidenstraßen-Initiative“, englisch: „Belt and Road Initiative“ [BRI] im Mai 2017 sowie eine Serie von Rakentests in Nordkorea im Sommer 2017) und sollen die nach wie vor vorhandene, wenn auch zunehmende begrenzte Pluralität in Sozialen Netzwerken veranschaulichen.<sup>18</sup>

## **Die Kommunistische Partei über alles? Debatten über internationale Ereignisse in Sozialen Medien**

Unter dem amtierenden Partei- und Staatschef Xi Jinping haben Medien der KPC und des Parteistaates zunehmend einen „chinesischen Ansatz“ als multilaterales Governance-Modell propagiert. Das Eintreten für ein stärkeres internationales Engagement ist in Begriffen verankert, die an die revolutionäre Vergangenheit

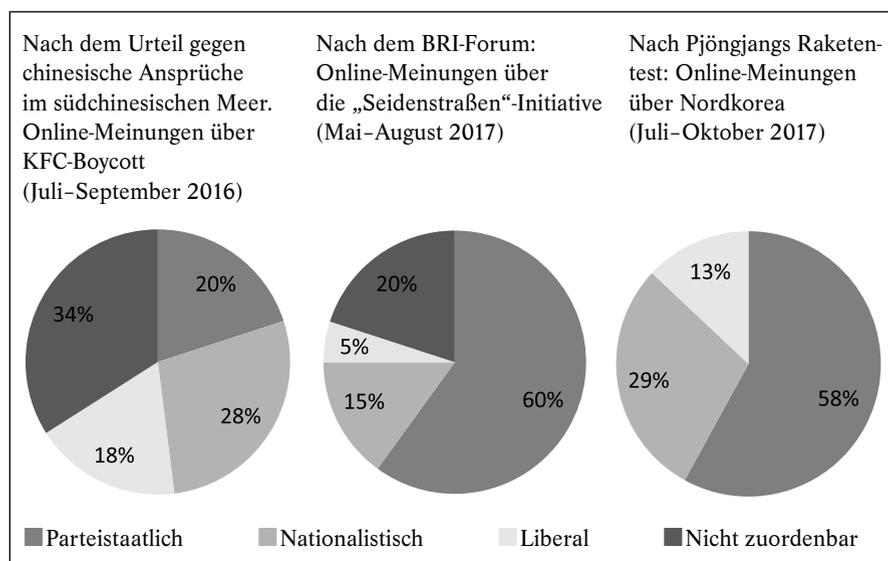
17 Lauren Hallanan, Just How Worrying Is China's Massive Content Spring Clean? (<https://jingdaily.com/china-massive-content-clean>; 10.6.2019).

18 Insgesamt wurden für die Fallstudien jeweils die Top 20 Posts (nach ihrer gewichteten Reichweite, kombiniert aus Anzahl der Klicks bzw. Antworten und Weiterleitungen) aus fünf Online-Plattformen analysiert. Für Details zur Auswahl und Methodik der Fallstudienbearbeitung vgl. Kristin Shi-Kupfer/Mareike Ohlberg, The Party does not yet rule over everything. Assessing the state of online plurality in Xi Jinping's "new era" (<https://www.merics.org/en/china-monitor/the-party-does-not-yet-rule-over-everything>; 8.6.2019). Dieser Teil basiert auf Inhalten aus dieser Studie.

der Partei erinnern und die internationale Rolle Chinas und seine Verpflichtung unterstreichen, „zum Fortschritt der Menschheit beizutragen“.<sup>19</sup> Dazu gehören ausdrücklich sein politisches System und Konzepte wie die „Gemeinschaft einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit“. Um zu verstehen, wie und in welchem Maße die offizielle Ideologie die Sozialen Medien durchdringt, wurden die Daten der beiden Fallstudien auf Hinweise zum „China-Ansatz“, den „Xi Jinping Gedanken“ sowie auf offizielle KPC-Konzepte und Diskussionspunkte im Zusammenhang mit der (vermeintlichen) Überlegenheit eines chinesischen gegenüber einem „westlichen“ Modell durchsucht.

In beiden Fallbeispielen dominierten offizielle Positionen, die von offiziellen Konten gepostet oder von privaten Nutzern („Party Warriors“) wieder veröffentlicht wurden, das Online-Gespräch (58 % für Nordkorea und 60 % für BRI). In einer ähnlichen außenpolitischen Fallstudie von 2016 (Aufforderungen zum Boykott von KFC als Reaktion auf das Urteil eines UN-Gerichts gegen chinesische Ansprüche im Südchinesischen Meer) stellten dagegen nur 20 Prozent der Stellen die „Stimme“ der KPC dar.

Abbildung 1: Der chinesische Parteistaat hat liberale Meinungen marginalisiert. Aufteilung der ideologischen Meinungen bei außenpolitischen Fallbeispielen 2016 und 2017



Quelle: MERICS

19 Zum Beispiel Xi's Work Report to the 19th Party Congress ([http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi\\_Jinping's\\_report\\_at\\_19th\\_CPC\\_National\\_Congress.pdf](http://www.xinhuanet.com/english/download/Xi_Jinping's_report_at_19th_CPC_National_Congress.pdf), 29.8.2018).

Ein Hauptthema in den Debatten über Nordkorea und die BRI findet sich sowohl in den parteistaatlichen Medien als auch auf Sozialen Medienplattformen: Obwohl China die damalige Krise und Dysfunktionalität des internationalen Systems nicht verursacht hat, agiert es als verantwortungsvoller Akteur und bietet alternative – und oft bessere – Lösungen als die westlichen Länder.

Während offizielle parteiinterne Erzählungen die Debatte zu dominieren scheinen, ist das Bild im Vergleich über die einzelnen Foren eher gemischt. Auf der eher staatsnahen Plattform Guanchazhe und dem Mikrobloggingdienst Weibo repräsentieren fast 80 Prozent der Beiträge die Position des Partei-Staates. Interessanterweise liegt nicht nur in den liberaleren Foren wie Maoyankanren oder Tianya, sondern auch im nationalistischen Forum Tiexue der Anteil der Partei-Staatsideologie (Repostings von Privatkonten ausgeschlossen) nicht über 30 Prozent. Insgesamt sind die liberalen Stimmen jedoch im Vergleich zu einer ähnlichen Fallstudie aus dem Jahr 2016 weiter marginalisiert worden.

### 1. Fallbeispiel BRI: Netizens betonen nationale Interessen

Parteistaatliche Medienposts betonen, dass die BRI zwar von China initiiert worden sei, aber zur ganzen Welt gehöre. Jeder sei zur Teilnahme eingeladen. Posts in Sozialen Medien legen einen viel stärkeren Fokus auf nationale Interessen und betonen die Vorteile von BRI für die Volksrepublik: „[Was das BRI-Forum im Mai in Peking betrifft], muss man keine lange historische Perspektive einnehmen. Aber es ist das erste Mal seit 100 Jahren, dass das chinesische Volk wirklich auferstanden ist.“<sup>20</sup>

Einige Nutzer, die sich weder der offiziellen Rhetorik noch den populistischen nationalistischen Gefühlen anschließen, haben nüchterne, pragmatische Bewertungen der der BRI zugrunde liegenden strategischen Motive vorgenommen. Diese Stimmen argumentieren, die Initiative diene hauptsächlich den nationalen Interessen Chinas, die da seien „inländische Überkapazitäten und bestehende Überkapazitäten anzugehen und auf lange Sicht [...] den Prozess der Internationalisierung des RMB [Renminbi] zu verkürzen [...] und die Länder im sogenannten Freundeskreis [Chinas] gemeinsam mit der Inflation, die durch die Übertreibung der [chinesischen] Währung entsteht, umgehen zu lassen.“<sup>21</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich veröffentlichte und sichtbare Meinungen über BRI, die von der parteistaatlichen Ideologie abweichen, auf beide Seiten des ideologischen Spektrums erstrecken. Liberale Kritiker stützen ihre Ansicht, die BRI schade den nationalen Interessen Chinas, während Nationalisten an Gefühl und Geschichte appellieren.

---

20 Nutzer Wangyuan, Maoyankanren, vom 19.5.2017.

21 Nutzer Bulao de A Gan, Maoyankanren, vom 23.5.2017.

## 2. Fallbeispiel Nordkorea: Internetnutzer sehen Chinas Politik gegenüber Pjöngjang skeptisch

Parteistaatliche Medienartikel beschreiben Chinas Vorschlag für eine „doppelte Aussetzung“ (double freeze) als den besten Schritt nach vorn, um die Spannungen zwischen Nordkorea und den Vereinigten Staaten abzubauen. Damit meint die chinesische Regierung zum einen die temporäre Aussetzung von weiteren gemeinsamen Militärmanövern von USA und Südkorea auf der einen und die Aussetzung von weiteren nuklearen Aktivitäten Nordkoreas auf der anderen Seite. Darüber hinaus enthält die offizielle Position Peking einen starken Schwerpunkt auf Verhandlungen und Diplomatie. Die UN-Sanktionen, die China weitgehend unterstützt hat, sind als Mittel zur Erreichung des Ziels konzipiert, Nordkorea (und die Vereinigten Staaten) wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.<sup>22</sup>

Das Spektrum der Abweichung von dieser offiziellen Position innerhalb der analysierten Sozialen-Medien-Plattformen ist bemerkenswert. Herausforderungen an die offizielle Argumentationslinie, obwohl sie bei weitem keinen großen Teil der Beiträge ausmacht, werden sowohl vom liberalen als auch vom nationalistischen Ende des ideologische Spektrums formuliert: Beiträge des liberalen Flügels appellieren an eine Selbsteinschätzung der chinesischen Regierung:

„Die Vereinigten Staaten sind hauptsächlich für die Verschlechterung der nordkoreanischen Frage verantwortlich, aber China kann nicht zuschauen, wurde tief in den Konflikt hineingezogen. [...] Wir müssen uns fragen, warum Nordkorea sich für die Entwicklung von Atomwaffen entschieden hat und nicht aufhören will und behauptet, sich von der südkoreanischen und US-amerikanischen Armee bedroht zu fühlen? Warum konnte China nicht mit Nordkorea kommunizieren, um ein Sicherheitsversprechen und einen Atomschild zu geben?“<sup>23</sup>

Am anderen Ende des Spektrums gehen einige Nutzer sogar so weit zu suggerieren, dass ein Krieg auf der koreanischen Halbinsel eine Chance für China darstellen könnte, Taiwan anzugreifen:

„Das [die Spannung auf der koreanischen Halbinsel] erhöht also die Gefahr von Konflikten in Nordostasien. China sollte sich wirklich auf den militärischen Konflikt vorbereiten und den Konflikt auf der koreanischen Halbinsel und auch das Taiwan-Problem lösen. Das bedeutet, wenn Nordostasien am Rande eines Krieges steht, sollte China Nordkorea in einem ‚Stellvertreterkrieg‘ unterstützen, und wir sollten erwägen, Taiwan ohne großen Aufwand einzunehmen, um die Vereinigung des Mutterlandes zu realisieren.“<sup>24</sup>

22 Jeremy Page/Andrew Jeong/Ian Talley, China, Finally, Clamps Down on North Korea Trade – And the Impact Is Stinging (<https://www.wsj.com/articles/north-korea-finally-feels-the-sting-of-international-sanctions-1519923280>; 30.9.2018); Jeremy Page, China Widens Ban on Exports of Items Potentially Used in Weapons to North Korea (<https://www.wsj.com/articles/china-widens-ban-on-exports-of-items-potentially-used-in-weapons-to-north-korea-1523238278?mod=mktw>; 30.9.2018).

23 Benutzer Hongguan tianxia 6985, Tianyaluntan, vom 7.9.2017.

24 Benutzer Tianjian 62, Tiexueluntan, vom 30.7.2017.

### 3. Zensur: Chinesische Behörden fürchten vor allem Fakten in Online-Diskussionen

Dank des Monitorings von Weiboscope, einem von Dr. King-wa Fu, außerordentlicher Professor am Journalism and Media Studies Centre (JMSC) der University of Hong Kong, initiierten Social Media Datenerfassungs- und Visualisierungsprojekt, konnte man eine Reihe entsprechender zensierter Daten sowohl für Nordkorea als auch für BRI auf Weibo erhalten und analysieren.<sup>25</sup> Drei Ergebnisse sind auffällig.

Erstens: Beiträge mit (Hintergrund-)Informationen werden eher zensiert als Beiträge mit nationalem oder emotionalem Inhalt wie Verleumdungen oder Wutausbrüche. Im Falle Nordkoreas wurde die einzige Erwähnung eines Erdbebens auf Pjöngjangs Boden (später als Ergebnis eines Atomraketen-tests bestätigt) zensiert, gemäß den Zensuranweisungen von China Digital Times. Im Falle von BRI ist zu befürchten, dass dieses Projekt Ängste vor hegemonialer Absicht unter Chinas Nachbarn schüren könnte, die auf der Liste der zensierten Beiträge ganz oben stehen.

Zweitens scheinen nur wenige Themen die roten Linien deutlich zu überschreiten, nämlich jeder kritische Hinweis auf Xi Jinping oder auf das politische System Chinas oder auf die Auswirkungen auf das Leben des chinesischen Volkes. Letzterer Aspekt deckt auch einen großen Teil der insgesamt zensierten Beiträge sowohl für Nordkorea als auch für BRI ab. In einer BRI-bezogenen Diskussion wurde eine scheinbar häufige Anfrage zu temporären Verkehrsbeschränkungen zensiert: „Ich bitte die Leute, die gerade unterwegs sind, uns mitzuteilen, wie wir vom Beijing World Trade Center zur Anzhen Bridge während des Belt and Road Summit kommen? Ich frage nach Straßen, auf denen die Menschen reisen können?“<sup>26</sup>

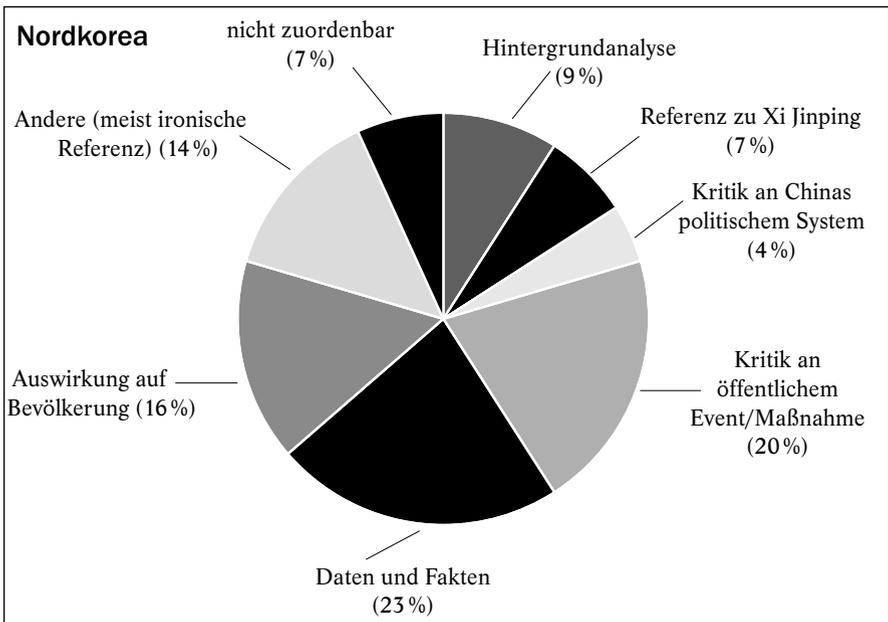
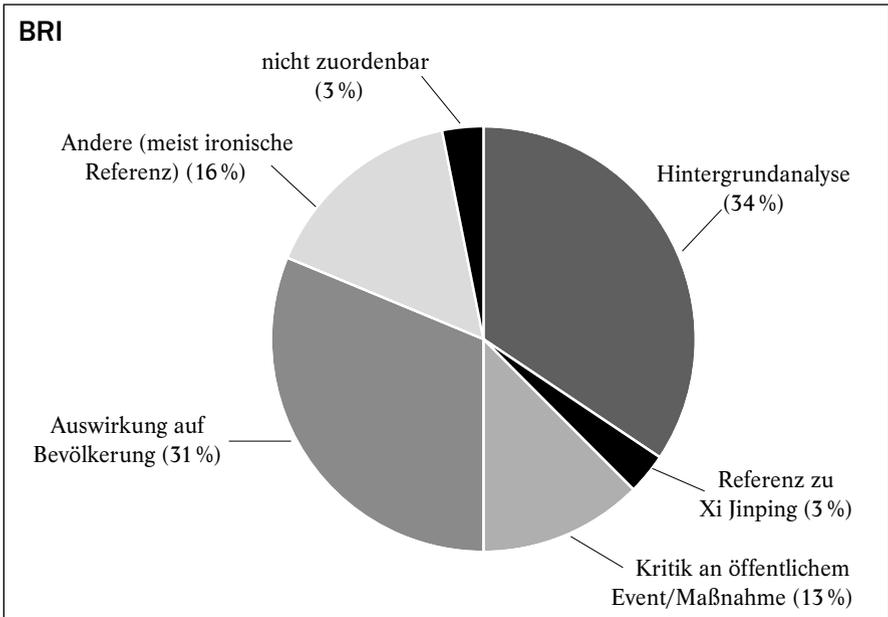
Drittens bleiben viele Grauzonen bestehen, da die Zensur nicht konsequent ist. Teilweise ist genau die gleiche Kritik an Chinas nordkoreanischer Politik auch unter den Top 20 der unzensierten Stellen zu finden. Offenbar gelten in den Augen der Zensoren nur Nuancen als zu sensibel, z. B. Argumente und/oder Beweise für eine starke verdeckte Unterstützung Nordkoreas durch Peking und die Kritik, wonach Chinas grundlegende Annahmen über die Regimestabilität Nordkoreas oberste Priorität haben. Ein ähnliches Phänomen findet sich auch bei den Posts zu BRI: Analysen zu Chinas inländischen Wirtschaftsproblemen finden sich sowohl unter den nicht-zensierten als auch den zensierten Posts. Was die zensierten Beiträge von den nicht-zensierten unterscheidet, ist die Tatsache, dass sie spezifische Phänomene wie eine Immobilienblase, einen verzerrten Aktienmarkt und eine exportierte Inflation erwähnen.

---

25 Wir danken sehr herzlich Prof. Fu King-wa (<https://www.researchgate.net/project/Weiboscope-and-Wechatscope>), der Daten zur Verfügung gestellt hat. Im Sample des Untersuchungszeitraums waren beim Keyword „Belt and Road“ 32 von 11 272 Posts und beim Keyword „North Korea“ 43 von 19 872 Posts zensiert.

26 Benutzer Zhao Dabao, Weibo, vom 15.5.2017.

Abbildung 2: Behörden zensieren Fakten und Hintergrundinformationen.  
Kategorien von zensierten Posts auf Weibo



Quelle: MERICS

Insgesamt richten sich die chinesischen Zensoren nach der Inhaltsanalyse gegen Diskussionen, die Zweifel nähren an der Rolle des Parteistaates als einzige legitime Informationsquelle und als einzige Instanz, die in der Lage ist, für die Sicherheit des chinesischen Volkes zu sorgen.

### **Zusammenfassung und Ausblick: Begrenzte Meinungsvielfalt**

Die chinesische Regierung hat ihren Macht- und Kontrollanspruch über Soziale Medien beständig ausgeweitet. Sie zensiert nicht nur umfassend, sondern nutzt soziale Netzwerke auch, um offizielle Narrative zu kommunizieren.

Während private Soziale-Medien-Nutzer oft offizielle Narrative unterstützen, unterscheiden sich ihre Meinungen von den parteiinternen Medien in zweierlei Hinsicht: Erstens zeigen viele eine starke nationalistische Einstellung oder ein Gefühl der Überlegenheit gegenüber anderen Ländern. Zweitens fühlt sich eine Minderheit der Nutzer (immer noch) wohl dabei, die Regierung zu kritisieren, weil sie entweder zu zögerlich oder zu schwach ist. Ob sich dies durch eine mögliche flächendeckende Integration von Meinungsäußerungen auf Sozialen Medien in das noch im Entstehen befindliche Soziale Bonitätssystem verändert, bleibt abzuwarten.

Man könnte argumentieren, dass die chinesische Regierung trotz ihres ausgeklügelten Zensursystems nur dann in der Lage wäre, die öffentliche Online-Welt vollständig zu kontrollieren, wenn sie beschlösse, alle Foren zu schließen und/oder viele Autoren schwer zu bestrafen. Es gibt jedoch Gründe, die auf eine pragmatische Entscheidung der chinesischen Regierung hindeuten, ein bestimmtes Spektrum von abweichenden Meinungen zuzulassen.

Erstens kann die Partei mithilfe interner Zensoren, Algorithmen und manipulierter Statistiken große Teile des Diskurses kontrollieren. Daher ist es dann nicht notwendig, zu viele verschiedene Meinungen zu zensieren; dies könnte sich sogar als kontraproduktiv erweisen. Die Löschung jedes leicht abweichenden Beitrags könnte eine größere Anzahl wütender, zynischer Nutzer Sozialer Medien bedeuten, die sich persönlich von den Zensurrichtlinien der KPC betroffen fühlen. Zweitens hat die chinesische Regierung die Möglichkeit, die Stimmung der Bevölkerung zu beobachten und zu testen – immer dann, wenn die Behörden der Meinung sind, dass Debatten zu bedrohlich werden.<sup>27</sup> Wie frühere Studien über Zensurstrategien beschrieben haben, balanciert die KPC den sogenannten Responsiveness-Vorteil (Wissen über die Stimmung der Bevölkerung zur Kalibrierung von Kommunikation/Vorwürfen zu sensiblen Themen oder Krisen) mit potenziellen Image-Schäden und Risiken für kollektives Handeln

---

27 Vgl. Rongbin Han, *Contesting Cyberspace in China: Online Expression and Authoritarian Resilience*, New York 2018.

aus nicht-zensierten Meinungen und Debatten aus.<sup>28</sup> Drittens: Wie Studien zum Mediendiskurs im Rahmen der Zentrum-Peripherie-Beziehungen gezeigt haben, können zentralstaatliche Institutionen mit öffentlich geäußelter Kritik andere Institutionen oder einzelne Akteure im Namen des „Volkes“ unter Druck setzen, die Aufmerksamkeit von ihren Schwächen ablenken und/oder ihre eigene Legitimität stärken.<sup>29</sup>

Es bleibt abzuwarten, ob Peking dies auch im internationalen Sozialen-Medien-Kontext gelingt bzw. ein zunehmendes Anliegen ist: Obwohl Twitter oder Facebook in China offiziell geblockt sind, unterhalten insbesondere Chinas Medien, aber auch einige Staats- und Parteiorgane einzelne Konten. Sie zielen zum einen auf die chinesische Diaspora, aber auch auf das ausländische Publikum. Interessant in dieser Hinsicht war das „Twitter-Duell“ der chinesischen Sprecherin des staatlichen Auslandssenders CGTN, Liu Xin. Liu schrieb sich mit der Fox-News-Moderatorin Trish Regan tagelang über die Berichterstattung zum Handelskrieg zwischen beiden Ländern. Schließlich lud Regan Liu in ihre Sendung ein und Liu Xin nutzte die Gelegenheit, um Chinas Positionen vor einem breiten amerikanischen Fernsehpublikum zu wiederholen.<sup>30</sup> Ob dies eine Einzelaktion von Liu oder vonseiten der KPC geplant war, ist schwer zu sagen.

Man könnte fragen, inwieweit die abweichenden Stimmen von Teilen der politischen Eliten gezielt lanciert oder aktiv unterstützt worden sind. So könnten beispielsweise Akteure des chinesischen Militärs die Unterstützung der Bevölkerung für eine viel härtere Außenpolitik gegenüber Nordkorea und/oder den Vereinigten Staaten schaffen und die Zentralregierung möglicherweise sogar zu militärischen Aktionen drängen. Oder: Wenn man die BRI-Fallstudie betrachtet, könnten kritische Ökonomen oder private Unternehmen, die nicht von dieser Initiative profitieren, eine öffentliche Diskussion über falsche Annahmen oder unterschätzte Risiken wünschen.

---

28 Elizabeth Plantan/Christopher Cairns, Why Autocrats Sometimes Relax Censorship: Signaling Government Responsiveness on Chinese Social Media ([http://www.chrismcainrns.com/uploads/3/0/2/2/30226899/why\\_autocrats\\_sometimes\\_relax\\_censorship.pdf](http://www.chrismcainrns.com/uploads/3/0/2/2/30226899/why_autocrats_sometimes_relax_censorship.pdf); 30.8.2018).

29 Vgl. Dan Chen, Supervision by Public Opinion or by Government Officials? Media Criticism and Central-Local Government Relations in China. In: *Modern China*, 43 (2017) 6, S. 620–664.

30 Kinlin Lo/Nectar Gan, Fox's Trish Regan and CGTN's Liu Xin trade blows in TV debate (<https://www.scmp.com/news/china/diplomacy/article/3012377/watch-foxs-trish-regan-and-chinas-liu-xin-trade-blows-tv>; 10.6.2019).

